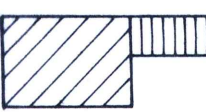


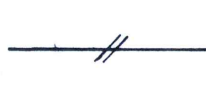

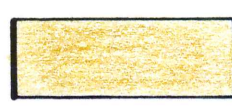


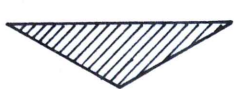



ERLAUTERUNGEN

-  vorhandene Bebauung
-  vorhandene Flurstücksgrenzen
-  Bezeichnung der Straßen
-  geplante Aufhebung der Flurstücksgrenze

FESTSETZUNGEN

-  Grenze des Plangebietes
-  geplante öffentliche Verkehrsflächen
-  Straßenbegrenzungslinien
-  Parkplätze
-  Baugrenzen


-  Sichtdreieck, von jeglicher Bebauung und Bepflanzung über 0,80 m freizuhalten
-  Maß der baulichen Nutzung
 GRZ Grundflächenzahl 0,4
 GFZ Geschossflächenzahl 0,7
 Z Anzahl der Vollgeschosse II
 B Bauweise offen

Die Mindestgröße der Grundstücke beträgt 600m²

Der Landkreis Gifhorn hat keine Bedenken.

Gifhorn, den 12. A. 1971

Der Oberkreisdirektor im Auftrage
Rügeltaube
 Bau-Assessor

 Allgemeine Wohngebiete § 4 BauNVO

LEF 1:100
M 1:1000

BEBAUUNGSPLAN
'AM KÖTHERBUSCH'
DER GEMEINDE
LEIFERDE, FLUR 8

Die Planungsunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach dem Stande v. 25.5.70 nach. Sie ist in Bezug auf Darstellung der Grenzen und baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in der Örtlichkeit ist möglich.

 3. Aug. 1971

Im Entwurf gefertigt für die Gemeinde

LEIFERDE
IMMICH-ERVENICH
ARCHITEKTEN
 318 WOLFSBURG
 BÜSSINGSTRASSE 9
 TEL. (05631) 3 3669


Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat gemäß § 2 (6) BBauG vom 23.4.1960 öffentlich ausgelegt vom 12. Juni 1971 bis 19. Juni 1971.

 Bürgermeister Gemeindedirektor

Die bei der Planerstellung gemäß § 2 (5) BBauG beteiligten Träger öffentlicher Belange werden am 19. Mai 1971 von der Auslegung unterrichtet.

 Bürgermeister Gemeindedirektor

Dieser Bebauungsplan wurde aufgestellt gem. § 2 BBauG und als Satzung gem. § 10 BBauG vom 23.6.1960 am 23.6.1960 beschlossen.

 Bürgermeister Gemeindedirektor

Genehmigt
 gem. § 11 d. Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 60

Lüneburg, den 29.2. 1972

Der Regierungspräsident
 Departement für Städtebau und Ortsplanung
 Nr. 214-G17319
 Im Auftrage:
Severdt

Dieser genehmigte Bebauungsplan mit Begründung ist rechtsverbindlich gemäß § 12 BBauG vom 23.6.1960 durch ortsübliche Bekanntmachung. Die Bekanntmachung erfolgte entsprechend der Hauptsatzung der Gemeinde durch Aushang an der Bekanntmachungstafel in der Zeit vom ... bis ...

Ortsgestaltungssatzung nicht genehmigt.

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.